

Der Zentral-Arbeiter

Verzinst seid Ihr nichts - Verzinst alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D27, Magazinstraße 6/7 II - Fernspr.: Königsplatz 1076 - Postfach-Tonno Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Anzeigen die dreifache Kleinzeile 10 Mark Anzeigen und Verbandsgelder sind an Otto Behm, Berlin D27, Magazinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 6 Mark und Bestellgeld

Inhalt: Offener Kampf und Sabotage des Betriebsrätegesetzes durch die Unternehmer. - Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet am Märzstichtage (26. 3. 21). I. - Gaukonferenz für den Freistaat Sachsen. - 30 Jahre Gemerkschaftsarbeit II. - Mehr Jugendschutz! - Aus der Textilindustrie. - Berichte aus Fachkreisen. - Briefkasten. - Literatur. - Bekanntmachungen. - Unterhaltungsteil: Der Reinfall. I.

Offener Kampf und Sabotage des Betriebsrätegesetzes durch die Unternehmer.

Es ist allgemein bekannt, daß die Unternehmer und ihre Agenten teils offen, teils verdeckt auf die Beseitigung des Betriebsrätegesetzes hinarbeiten. Sie waren von jeher Feinde dieses Gesetzes und sie machen aus dieser Feindschaft durchaus kein Hehl. Wenigstens jetzt nicht mehr. Man glaubt, die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit genügend besichert zu haben. Ist man doch wieder in unbeschränktem Besitz aller schematischen Machtmittel des Staates. Man fühlt sich infolgedessen stark genug, der Arbeiterschaft den Gehbehalt hin zuwerfen und ihr den Kampf anzusagen. Man zeigt tagtäglich mit erschütternder Ungeniertheit, daß man die Situation vollkommen beherrscht. Man ist drauf und dran, den Wahlspruch des Bischofs v. Henle: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, erneut zur Geltung zu bringen. Nur wo man seiner Sache und damit des Erfolges noch nicht ganz sicher ist, ist man vorsichtig. Dort arbeitet man unterirdisch und bereitet den Boden für die kommenden reaktionären Taten vor.

Nur unter dem Zwange der Verhältnisse haben die Unternehmer und ihr Anhang seinerzeit dem Betriebsrätegesetz zugestimmt. Ihre Zustimmung erfolgte erst, nachdem zum Schutze ihrer kapitalistischen Interessen genügend Sicherungen eingebaut und das Gesetz in einer Weise verhandelt war, daß es ihnen keinen Schaden, den Arbeitnehmern aber nur wenig Nutzen bringen konnte. Mit diesem augenfälligen Erfolg nicht zufrieden, waren sie fortgesetzt eifrig bemüht, die Rechtspredung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bei der Entwicklung, die die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland genommen haben, ist es kein Wunder, daß die Unternehmer ihr weitgestecktes Ziel fast erreicht haben. Es ist zu konstatieren, daß die Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse, Schiedsgerichte, Demobilisationskommissionen usw. tatsächlich scharfen Kurs nach rechts hält. Bei ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse finden die Unternehmer in allen Kreisen der Bevölkerung Verbündete. Ihr Ziel ist: Beseitigung der Beschränkungen der demokratischen Fabrik, unbeschränkte Erhaltung der absoluten Fabrik. Weil ihnen der Versuch zur Errichtung der demokratischen Fabrik und das dadurch bedingte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter verhaßt war, darum der rücksichtslose Kampf gegen das Betriebsrätegesetz.

In der Anwendung ihrer Kampfmittel waren und sind die Unternehmer wenig wählerisch. Um ihre Absicht zu erreichen, lassen sie nichts unversucht. In erster Linie haben sie alle Vorbedingungen geschaffen, die in ihrem Sinne erfolgreiches Arbeiten verbürgen. So haben sie sich gleich nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes Akademiker (meistens Juristen) zugelegt, die die Aufgabe haben, ihnen in der Auslegung des Gesetzes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Jeder dieser juristischen Berater versucht nun, die Wünsche seiner Auftraggeber nach besten Kräften zu erfüllen. Im Schweiße ihres Angesichts arbeiten sie von früh bis spät in Wort und Schrift gegen das Betriebsrätegesetz. Unermüdlich sammeln sie Material gegen die Betriebsräte. Jede Dummschheit, die Betriebsräte irgendwann und irgendwo einmal begangen haben, jeder Fehler, der ihnen gelegentlich einmal unterlaufen ist, ja selbst der kleinste Verstoß gegen eine der ungezählten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes

wird von den Handlangern der Unternehmer ebenso „gewissenhaft“ wie feinsäuberlich gebucht und registriert. Die Motive (und seien es die edelsten und besten), aus denen heraus die Betriebsräte gehandelt haben, bleiben unberücksichtigt. Daß die Betriebsräte als Beauftragte ihrer Klasse deren Interessen zu vertreten haben und dadurch oftmals in die größten Gewissenskonflikte geraten, scheidet bei den Gegnern der Arbeiterschaft für die Beurteilung ihrer Handlungen von vornherein aus. Die Tatsache, daß die Betriebsräte in dem mit juristischen Feinheiten durchsetzten Betriebsrätegesetz sich vielfach noch nicht austennen und zu recht finden, daß sie oftmals die besten Absichten gehabt haben, aber aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen falsch handelten, bleibt völlig unbeachtet. Man bucht und registriert jeden „Fall“, um ihn bei passender Gelegenheit gegen die Arbeiter zu verwenden. An Hand des zusammengetragenen Materials wird man dann den „Nachweis“ führen, daß das Betriebsrätegesetz den Wünschen der Unternehmer entsprechend abgeändert oder ganz beseitigt werden muß.

Die schon lange erwünschte Gelegenheit, gegen das verhasste Betriebsrätegesetz Sturm zu laufen, wird sich den Unternehmern und ihren Söldlingen bieten, wenn im Reichstage die von der Betriebsrätezentrale des V. D. G. B. und des Afabundes ausgearbeitete Novelle zum BRG zur Beratung steht. Da werden dann die Sachwalter des Unternehmertums den Zitaten schwingen, um an den registrierten „Fällen“ zu beweisen, daß das Weiterbestehen des BRG, die Industrie gefährdet und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands verhindert. An „Beweisen“ dieser Art, daß nämlich die Betriebsräte an allem schuld sind, werden es die Arbeiterfreunde, die in mehr oder weniger großer Zahl in allen bürgerlichen Parteien des Reichstages sitzen, nicht fehlen lassen. Alles, was in der Beziehung als Begehungs- und Unterlassungssünden auf das Schuldkonto des Unternehmertums zu setzen wäre, wird man nicht versäumen, den Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Diese Absichten der Unternehmer und ihrer juristischen Söldlinge geben zu denken. Den Betriebsräten erwächst daraus mehr denn je die Pflicht, bei Ausübung ihrer Tätigkeit und in der Erfüllung ihrer Aufgaben recht vorsichtig zu sein. Letzten Endes ist ihre ganze Tätigkeit eine reine Machtfrage, und solange wir die wirtschaftliche Macht nicht besitzen, werden die Betriebsräte bei Erledigung ihrer Arbeiten stets allerlei Schranken vor sich sehen.

Daß die Betriebsräte zunächst noch vieles tun müssen, um durch Bildung und Schulung sich durch das Betriebsrätegesetz hindurchzufinden, ist klar, jedoch die arbeiterfreundlichen Unternehmer wollen dies nicht gestatten. Würden sie das tun, müßten sie ja, bevor sie urteilen, erst der mit Reichs- und Staatshilfe zu fördernden Schulung der Betriebsräte das Wort reden. Wollten sie ehrlich sein, müßten sie zunächst die Vorbedingungen schaffen, die es den Betriebsräten möglich machen, die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen. Aber das wollen sie nicht. Sie wollen keine geschnittenen Betriebsräte. Sie wollen das ganze Betriebsrätegesetz nicht. Sie wollen die unumschränkten Herren der Betriebe bleiben. Sie wollen die Betriebsdemokratie nicht. Sie wollen kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Sie wollen die Erhaltung des absoluten Unternehmertums. Sie wollen das ganze BRG beseitigen.

Zu diesem offenen Kampfe der Unternehmer gegen das BRG, gesellt sich die Sabotage. Bisher haben sie es durch ihren Einfluß verhindert, daß der Rätegedanke noch weiter ausgebaut worden ist. Nach Artikel 165 der Reichsverfassung sollen die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken. Außerdem sollen neben den Betriebsarbeiterräten nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat gebildet werden. Erst wenn das Räteystem im Sinne der Reichsverfassung ausgebaut ist, werden die Arbeiter ihre Interessen wirksamer als bisher wahrnehmen

und vertreten können. Erst nach diesem Ausbau des Betriebsrätegesetzes sind sie in der Lage, ihren berechtigten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung auszuüben. Vorläufig ist jedoch von der Fortführung des Baues, der die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber sichern sollte, nichts zu spüren. Es scheint sogar, als will man davon absehen, den angefangenen Bau überhaupt zu Ende zu führen. Man will anscheinend das Gebäude schon wieder verfallen lassen, ehe es fertig ist. Denn die Mühlen der Republik mahlen, wie die Erfahrungen lehren, nur langsam und sicher. Darob triumphieren die Unternehmer.

Aber auch sonst mehren sich die Fälle in bedenklicher Weise, in denen einzelne Unternehmer das BRG sabotieren. Um den Arbeitern die wenigen Vorteile zu nehmen, die ihnen das Gesetz bietet, versucht man, wichtige Bestimmungen von hintenherum unwirksam zu machen. Unklare Fassungen einzelner Paragraphen werden benutzt, das Gesetz zum Schaden der Arbeiter umzubiegen, nach dem bekannten Grundsatz: „Im Unlegen seid frisch und munter, legt man nicht aus, dann legt man unter.“

Auch bei diesen Sabotageakten sind bezahlte Juristen schnell zur Hand, den sabotierenden Unternehmern willige Helfersdienste zu leisten. Gegen derartige Sabotageversuche — und wenn auslegungsfertige Juristen sie zehnmal mit einem Schein des Rechts zu umkleiden versuchen — muß die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzen. Es gilt nicht nur, den von Unternehmerseite gewünschten Abbau des BRG zu verhindern, es gilt vielmehr, dem im Interesse der Arbeiter liegenden Ausbau des Gesetzes die Bahn zu ebnen und ihn vorzubereiten. Wir haben uns auf den Boden des BRG gestellt, damit das Gesetz Kampfboden für uns wird, damit wir dadurch imstande sind, die notwendige Verbesserung des BRG zu erreichen. Von diesem Standpunkt dürfen wir uns durch keine Macht der Welt abbringen lassen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet am Märzstichtage (26. März 1921).

Erstlichweise ist die Berichterstattung über den Monat März im Vergleich zum Vormonat besser geworden. Sie beträgt 97,4 Prozent der Mitgliedschaft und übersteigt die Februarermeldung (95,6 Prozent) um 1,8 Prozent, bleibt aber gegen die Berichtsziffer des Januar (98,1 Prozent) immer noch um 0,7 Prozent zurück. Durch die Zahlung wurden von den 550 647 Mitgliedern im März 536 237 erfasst; nicht berichteten 44 Ortsverwaltungen über 14 410 Mitglieder = 2,6 Prozent. (Im Februar hatten 53 Ortsgruppen mit 24 338 Mitgliedern gleich 4,4 Prozent nicht berichtet.)

Tabelle 1. Berichterstattung pro März 1921.

Gau	Zahl der Gillalen	Berichtende Gillalen	Nichtberichtende Gillalen	Mitglieder	Berichtende Mitglieder	In Proz.	Nichtberichtende Mitglieder	In Proz.
Hannover	27	21	6	28 812	28 278	98,1	534	1,9
Cassel	43	42	1	19 699	19 649	99,8	50	0,2
Bayern	41	36	5	69 403	67 577	97,4	1 826	2,6
Stuttgart	67	52	15	53 132	45 158	85,0	7 974	15,0
Augsburg	45	42	3	43 216	42 964	99,4	252	0,6
Gera	28	28	—	24 566	24 566	100,0	—	—
Dresden	72	69	3	212 771	211 221	99,3	1 550	0,7
Pegnitz	28	26	2	50 935	50 367	98,9	568	1,1
Berlin	46	37	9	48 113	46 457	96,6	1 656	3,4
Verband	397	353	44	550 647	536 237	97,4	14 410	2,6

Das höchste Ziel allen idealen Strebens ist die Vollkommenheit. Wie die Tabelle 1 ausweist, ist die Vollkommenheit in der Berichterstattung diesmal in einem Falle ganz, in drei anderen nahezu erreicht worden. Andererseits bleiben hier und da kleine Erdentresten (und auch ein Rest!) noch zu wünschenswert übrig. Aber gegen die gleichartige Tabelle der vorigen Monats sieht die diesmalige bedeutend günstiger aus. Der biblische Vergleich zwischen dem einen und den 99 wird wohl ewig wahr bleiben. Und auch die aufrichtige Freude über den bekannten Einen, die angesichts der Begleitumstände doppelt groß ist, und dessen Fortschritte im

Ein Reinfall.

Von Emil Rosenow.
I.
Vor drei Wochen, wurmstichigen Schreibkommode, die das Zierstück der anspruchslosen Bauernstube bildete, sah der Gemeindevorstand. Diablaulich, mit fleischigen Fäusten und vollglattstem Gesicht, sah er da als ein behäbiger Ergebergsbauer, der längst sein Schädel im Trocknen hat. Und in der Tat — wenn er aus dem niedrigen Stubenfenster schaute, sah er auf seine Wecker und Wiesen, auf denen wohlgenährtes Vieh grasete; drunten am Schwarzwasser klapperte seine Mühle und im tieferen Bache der Schreibkommode lagen die roten „Bichl“ der Spartasse in Schwarzenberg.
Seit drei Wochen war der Müllerbauer Ermischer Gemeindevorstand. Er nahm's ernst mit seinem neuen Amte, aber, wenn er vorher diese Arbeit gekannt hätte... Gottverdammlich! Auch heute waren eine Menge Schreiber eingegangen. Da waren Unterstüchtungswohnsitzschachen, eine Erhebung wegen einer Grenzstreitigkeit, Zeugenernehmung wegen des Willens des Schulmeisters mit dem Pfarrer, Angelegenheiten der nächsten Gemeindevorstandssitzung, ein Aushang war zu schreiben wegen der Maul- und Klauenseuche im unfernen Kühnheide. So 'ne Arbeit! Und hier zu unterst... noch ein Schreiben. Bedächtig entfalten es die dicken Finger und der Gemeindevorstand las langsam: „... bevorstehende Reichstagswahl... Notwendigkeit der Abwehr sozialdemokratischer Umsturzbestrebungen in unserem königstreuen, ergebigen Wahlkreis... energisches Eintreten für den Ordnungskandidaten Herrn Amtsrichter Dr. Eiche zu Dresden... gegen den sozialdemokratischen Agitator Ernst Grenz, Leipzig... Verbreitung eines allgemeinen Flugblattes gegen die Sozialdemokratie... wirklich patriotisches Entgegenkommen des früheren Gemeindevorstandes... bei Ihnen gleiche Gesinnung erhoffend... mehrere Hundert Flugblätter... Verbreitung im Orte

Sorge tragen...“ Der Gemeindevorstand ließ das Blatt sinken und murmelte einen Fluch. Auch noch Wahlflugblätter verbreiten! Aber der Hinweis auf seinen Vorgänger kitzelte ihn. Sollte man ihn für einen weniger königstreuen Mann halten? Das ging doch nicht.
„Seifert!“
Neben dem Kachelofen, wo er, die Nemppe über die Reine gelegt, die Dienstmühle zwischen die Knie geklemmt, gefesselt und tiefinnig der Hausmiese zugehört hatte, die ihre Zungen pflegte, erhob sich der angerufene Gemeindevorstand.
„Herr Vorstand...?“
„Hier is e Brief... e wicht'ger Brief, mach'n der Reichstagswahl... s' soll'n paar Hundert Flugblatt'n im Ort verbreit war'n, gegen die Sozialer...“ Er buchstabierte: „Die Flugblätter sind abzuholen bei Herrn Kaufmann Kröbel, Schwarzenberg, Annaberger Straße, der die Verteilung für unseren Bezirk organisiert hat... Du hast doch so nicht zu dhun, Seifert, du könnt'st dich a'mal uff die Socken machen.“
Der Gemeindevorstand seufzte und warf einen Blick durch das Fenster auf die Straße, auf welche die Sommerhitze heiß herniederbrannte. Er überlegte, daß er, um nach Schwarzenberg zu gelangen, über Lauter nach Neuwelt laufen mußte und von da weiter. Solch' ein Marsch!
Der Gemeindevorstand hatte Mitleid. „Ja“, brummte er, „die verdammten Sozialer!“
Eine schwüle Pause... Da kam draußen ein vierräderiger Handkarren vorbeigerast, den ein verrunselttes, altes Bauernweibchen mühselig durch den Staub der Straße zog. Der Ortsdienenr atmete auf.
„Herr Vorstand... die Taub-Marie... die fährt ihe no'm Schwarzenberg...“
„Holt racht!“ meinte der Vorstand. Dann riß er das Fenster auf und brüllte hinaus.
„A-a-riell!“

Doch das Bauernweiblein schob weiter die Straße dahin, als ob nichts geschehen wäre. Der Gemeindevorstand aber, der schon fürchtete, sie könne ihm entgehen, schnaubte: „So'n daubes Dost!“ und stürzte hinter ihr her.
Auf der Straße packte er sie mit rauchem Griff an der Schulter und, sein Gesicht dicht vor dem ihrigen, schrie er: „Holt etwa'n ni g'hört?! Der Herr Vorstand...!“
Das Weiblein, das vor Schreck fast in den Straßengraben gefallen wäre, sprang, als es den Ortsdienenr erkannte, wie der Blitz hinter seinen Karren, um von hier aus den Jünger der Hermandad mit einer Flut von Verwünschungen zu überschnitten.
„Der Voll'zeier! Was willst' von mir, hä?!“ „Soll ich etwa'n ihe schon de Latern' ha'm, wo's noch lichte is, hä?!“ „Hob' ch etwa'n wieder Erdäppel g'maut, hä?!“ Da... schau' nein!“ Sie riß ihr Tuch vom Karren und fuhr mit den dünnen Armen zwischen die Lumpen, um ihre Unschuld zu beweisen. Seifert wehrte lachend ab, und von ihm geschoben, vom Herrn Vorstand herbeigewinkt und geschrien, war sie endlich in der dörslichen Amtsstube.
Es kostete keine geringe Mühe, der stocktauben Marie klar zu machen, welche hochwichtige Sache sie in Schwarzenberg für den Herrn Vorstand besorgen sollte. Als sie es endlich begriffen hatte und man ihr den Namen des Kaufmanns nannte, wehrte sie sich nochmals aus Leibesträften.
„Zum Kröbel-Roomich 'nein? Nee, nee, da geh' ich nimmer 'nein... dar Lump! Wie ich vorige Woch' emol a halb Pfund Goffe ni' bezahl'n konnte, da hot 'r g'meint, ich soll Heu freisen...!“ Gemeindevorstand und -diener hielten sich die Bäuche vor Lachen; schließlich aber hatten sie die Alte doch so weit, daß sie alles zu besorgen versprach.
Bald zog sie wieder auf der staubigen Landstraße in der Glat des Sommertages mit ihrem Karren dahin, auf Schwarzenberg zu.
(Schluß folgt.)

Die erwerbslos Gewordenen fanden mit dem Bergarbeiterstreit aber in keinerlei Verbindung und hatten auf den Streit keinerlei Einfluß.

Noch einmal: Steuererklärung — Steuerabzug.

In dem Artikel des Gen. K e i l in voriger Nummer ist ein Beispiel für die Berechnung der Steuer angeführt, das einer näheren Prüfung nicht standhält.

Hier ein Beispiel: Der Arbeiter H. hatte in den ersten 12 Wochen des Jahres 1920 einen Wochenlohn von 200 Mark, in den folgenden 10 Wochen einen solchen von 260 Mark, im Rest des Jahres (30 Wochen) einen solchen von 300 Mark.

Wieviel ist er auf Grund seiner Steuererklärung an Jahressteuer schuldig? Von seinem Jahreseinkommen im Betrage von 14 000 M. zieht er ab 150 M. für Zahrgeld, 300 M. für Mehrlöhne des im Speisehaus eingenommenen Mittagessens, 200 M. für Abnutzung eines Maschinenanzuges.

Aus den Gewerkschaften.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten. Am 18. d. M. verstarb in Bremen an einem Herzschlag der erste Kassierer des Verbandes, Wilhelm Niederwelling, im Alter von 66 Jahren.

Aus der Textilindustrie.

Der Streik in den Kleiderfabriken und gemischten Waschanstalten in Leipzig (Firmen H. Lühner, Borelli, Samhammer, Puta und Adler) ist beendet.

In der ersten Berliner Seidenweberei und auch in der andern Seidenweberei, von Händel, sind die Lohnstreitigkeiten zur Zufriedenheit der Kollegenschaft durch Verhandlungen erledigt worden.

Die Lage der ungarischen Textilindustrie beurteilen die „Berichte aus den neuen Staaten“ folgendermaßen: Wie viele Betriebe anderer Industriezweige, sind auch die größten ungarischen Textilfabriken gemäß den Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages fremden Staaten zugefallen.

Soziale Rundschau.

Die Kündigungsschutzbestimmungen des Handelsgesetzbuches und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats am 17. März 1921 kamen zwei Eingaben des Zentralverbandes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. d. A.) betreffend Anpassung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung über die Kündigungsfrist.

Ein weiterer Antrag Aufhäuser, dem eine Denkschrift des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) betreffend die Einführung der Sonntagsruhe in Deutschland seit Erlaß der Reichsverordnung vom 5. Februar 1919 zugrunde liegt, wurde in den Ziffern 1, 2 und der Zusatzantrag zu 4 mit geringer Mehrheit (gegen die Stimmen der Arbeitgeber) in den Ziffern 3 und 4 einstimmig angenommen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erlucht die Reichsregierung:

- 1. Unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um der Reichsverordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919 in den einzelnen Ländern Deutschlands volle Geltung zu verschaffen und die einheitliche Durchführung zu sichern.
2. Die Wirkung der Verordnung vom 5. Februar 1919 auf den § 105e der Reichsgewerbeordnung auszuweiten.

Erwerbslosenfürsorge und Streikarbeit.

Aus einigen Orten wurden Beschwerden darüber geführt, daß in Auslegung des § 8 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosen, die die Annahme von Streikarbeit verweigern, die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde.

Nach § 8 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sind die Gemeinden zwar verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine ihm nachgewiesene Arbeit anzunehmen.

nister für Volkswohlfahrt von meiner Stellungnahme unterrichtet und ihm gleichzeitig anheimgestellt, eine Anweisung in dem oben dargelegten Sinne an die Vollzugsbehörden ergehen zu lassen, soweit dies erforderlich ist.

Briefkasten.

Mehreren Orten. Glückwünsche und dergleichen können wir leider bei unserem beschränkten Raum nicht mehr aufnehmen und müssen die Interessenten damit an die Ortspresse verweisen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 1. Mai, ist der 17. Wochenbeitrag fällig. Bruno Erlleben, geb. am 30. Mai 1892 zu Kieselbrunn (Thüringen), ist bei dem letzten Märztag aus Wöben verschwunden.

Arbeitslosenfürsorge und Kurzarbeiterzahlung im April.

Stichtag für die Fälligkeit dieses Monats ist Sonnabend, 30. April. An diesem Tage ist die große Meldefarie beiderseitig gewissenhaft auszufüllen, mit 40 Pfg. zu frankieren und sofort an die Zentrale einzusenden.

Adressenänderungen.

- Gau Hannover. Hameln. K. Georg Baufe, Luitpoldstr. 21.
Gau Kassel. Nisse. I. und Schlich sind mit Julia verschmolzen.
Gau Stuttgart. Bräunlingen. V. Frau Anna Schöber, Hüfingen.
Gau Augsburg. Schreihheim. K. Josef Deininger.
Gau Dresden. Großschönau. K. Max Kretschmer, Hilfsarbeiter, Spitzkunnendorfer Str. 649.

Totenliste.

- Altkennitz. Pauline Gottwald, Weberin, 56 Jahre, Lungentzündung.
Augsburg. Anna Voggenreiter, Hilfsarbeiterin, 32 Jahre, Unterleibsleiden.
Bayreuth. Frieda Zettner, 19 Jahre, Prostataentzündung.
Bietighahn. Friederike Ulber, 20 Jahre, Lungentrankeheit.
Bliehe. Andreas Hornemann, 58 Jahre.
Buchholz-Annaberg und Umgeb. (Crottiendorf). Frieda Elsa Steger, Striderin, 21 Jahre, Entbindung.

Mitglieder-Versammlungen.

- Neußadt (Orla). Freitag, 6. Mai, abds. 8 Uhr, im „Waldschlößchen“.
Rohwein. Donnerstag, 5. Mai, abds. 7 1/2 Uhr, bei Meyer, Schützenstraße.
Kiel. Sonnabend, 7. Mai, abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.
Berlin. Defektur. Jeden Freitag, von 3-4 Uhr, Stall-schreiberstr. 29: Zahlung.

Vorstand. Lehremeister.

Für die Abteilung Kammgarnspinnerei unserer Höheren Spinn- und Weberschule wird ein Lehremeister gesucht. Die Gehaltsentlohnung erfolgt nach Gruppe VI der Staatsbeamten. Umzugslohn werden vergütet.

Der Vorsitzende des Schulausschusses der Höheren Web- und Spinn- und Weberschule mit öffentlicher Warenprüfung für das Textilgewerbe zu Reichensbach i. B. Stadtrat G. Richter.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 30. April.

Verlag: Karl Hübsch in Falkenberg a. M. - Verantwortlich für alle redaktionellen Artikel: Hugo Dreffel in Berlin, für alles andere: Paul Wagnere in Berlin. - Druck: Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G 2, Breite Straße 8/9.

als konkurrierende Korporationen gegenüberstehen. Trotz aller Anfeindungen und Schikanen entwickelte die junge Organisation eine rege Tätigkeit, und wenn in den ersten Jahren ihres Bestehens positive Erfolge nicht aufzuweisen waren, so lag dies in erster Linie an der Arbeitererschaft selbst, die für eine einheitliche zentralgewerkschaftliche Organisation noch nicht das richtige Verständnis besaß. Eine ungeheure agitatorische und organisatorische Arbeit wurde in den neunziger Jahren von den damals führenden Kollegen geleistet. Die oben genannten, stark mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Vereinigungen setzten alle Hebel in Bewegung, um unsere junge Organisation im Keime zu ersticken. Unter der Führung des Kaplans Braun und auf die Initiative der „Weber- und Wirtzerinnung“ wurde 1893-94 die Krefelder „Webervereingung“ gebildet, die sich aus den schon mehrfach genannten Vereinigungen zusammensetzte, wobei die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausgegliedert wurde. Die Bemühungen der „Webervereingung“, die soziale Lage der Arbeitererschaft zu bessern, scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer; die Bewegung verlandete, bis 1898, anlässlich einer guten Konjunktur, die Webervereingung einschließlich des Deutschen Textilarbeiterverbandes neuerlich auf den Plan trat, um schließlich endgültig ihrer Auflösung entgegenzugehen. Eine am 6. März 1898 in die „Zentralhalle“ von der „Weber- und Wirtzerinnung“ und dem „Deutschen Textilarbeiterverband“ einberufene überaus gut besuchte Versammlung legte den Grundstein zur Gründung des „Niederrheinischen Weberverbandes“, der, vereint mit dem Deutschen Textilarbeiterverband, sich der Bewegung am Niederrhein bemächtigte. Aber auch die Christen ruhten nicht. Überall wo es galt, Zeilpflückerarbeit zu leisten, waren unsere Brüder in Christo am Werk.

Im gleichen Jahre wurde der „Niederrheinische Verband christl. Textilarbeiter“ mit einem Jahresbeitrag von 1 M. pro Mitglied gegründet. Nun begann eine Periode heftiger Lohnbewegungen. Die Stoffweber eröffneten den Reigen, und verlangten die Einführung einer Minimallohnliste. Eine Anzahl kleinerer Streiks und Lohnbewegungen in Samt- und Stoffweberereien sowie in Appretur- und Scherereien stellten die Arbeitererschaft erfolgreich, bis Ende 1898 der heroische Kampf der Samtweber einsetzte, der nach 15wöchentlicher Dauer, trotz der Abwärtstendenz der Textilindustrie, die Krefelder Textilarbeiterverbandes, siegreich für die Samtweber beendet wurde. Der Deutsche Textilarbeiterverband und der Niederrheinische Weberverband waren die Leiter dieser Bewegungen, die auch für die Finanzierung all dieser Streiks sorgen mußten. Von dieser Periode an ging die Militanz der Arbeitererschaft rasch in die Höhe. Die Mitgliederzahl Ende 1898 betrug 1848 männliche und 164 weibliche, und stieg bis zum Schlusse 1899 auf 3700 männliche und 300 weibliche. Bis zum Jahre 1898 hatte die Filiale bei Neuen, auf der Stefanstraße, ihren Sitz, nach Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers im gleichen Jahre wurde auf der Verdingerstraße ein eigenes Verbandsbureau eröffnet. Die folgenden Jahre waren ausgefüllt von einer großen Zahl Lohnbewegungen und eines steten Guarillakrieges. Die Samtscherer, Weber, Feindrufer und Kartenschläger führten mehr oder weniger erfolgreiche Lohnbewegungen durch. Am 31. August 1902 erfolgte die Verschmelzung des Niederrheinischen Weberverbandes mit dem Deutschen Textilarbeiterverband, die die Bahn für ein einheitliches Arbeiten auf dem Boden des Klassenkampfes freimachte. Im Jahre 1903 wurde anlässlich des Streiks bei der Firma Bretthal und Co. von den Vereinigten Arbeitgebern die Ausperrung von 25000 Textilarbeitern angedroht; die Bewegung mußte, weil der Deutsche Textilarbeiterverband in andere große Kämpfe verwickelt war — in diese Zeit fiel auch der gewaltige Kampf der Crimmitschauer Arbeitererschaft um den Rehnstundentag — abgebrochen werden; eine Erweiterung des Kampffeldes konnte bei den damaligen finanziellen Verhältnissen von Seiten unseres Verbandes nicht zugelassen werden.

In diese Periode fällt auch die Einführung des Abeitslohnsystems in der Krefelder Seidenstoffbranche, die die Ursache für eine Anzahl Abwehrkämpfe in den Stoffweberereien war. Schließlich wurde das Zweifelhafte unter der Bedingung abgelehnt, daß 75 Prozent des Lohnes gezahlt wurde. Die kommenden Jahre brachten mehrere erfolgreiche Lohnbewegungen: 1904 bei Bretthal u. Co., 1906 bei Rudner u. van Hens, Kniffer-Sieffried, Keller u. Co., Holländer Söhne, Michels Kaufmann, Gebrüder Kluge, Hahhoff u. Gompert, Engländer und Jacobs u. A. Mittaststein, 1900 und 1901 erzielten die Scherer, Appreteure, Färber und Drucker anscheinliche Lohnsteigerungen. Im Sommer 1904 führten die Feindrufer einen scharfen dreiwöchigen Streik bei der Firma Althaus u. Fink, im Oktober des gleichen Jahres setzte eine Bandweberbewegung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. 1905 trat die Möbelstoffweber in eine erfolgreiche Bewegung ein, ebenso die Bandweber und Kartenschläger bei der Firma Gebrüder Kluge. 1906 kam es erstmalig, nach einem erfolgreich durchgeführten Streik, zu einem Tarifabschluss in der Feindruherei. Die Einführung des Doppelstuhls in der Samtwebererei 1904 führte zu lebhaften Kämpfen und Bewegungen, die leider erfolglos verliefen. Das Jahr 1907 brachte die Stoffweberbewegung mit all den bekannten traurigen Konsequenzen, die letzten Endes einen gewaltigen Rückschlag — zur Freude der Unternehmer — für unsere gewerkschaftliche Bewegung brachte. Der Deutsche Textilarbeiterverband verlor in Krefeld mehr als 1000 Mitglieder. Alle kommenden Bewegungen hatten unter diesem unglücklich verlaufenen Kampfe zu leiden; die Kampfzeit der Arbeiter und das Vertrauen zur Organisation war aufs schwerste erschüttert. Es folgte eine stille Periode bis zum Ausbruch des Feindruferstreiks 1913. Der dank der traditionellen arbeiterverräterischen Taktik des Christl. Textilarbeiterverbandes zu einem tragischen Ende führte. (Näheres siehe Broschüre von S. Nüdel „Die Kämpfe der Krefelder Seidenarbeiter.“)

Trotz dieses verlorenen Kampfes war die Aktionskraft unserer Arbeitererschaft nicht gebrochen. Bereits in demselben Jahre hatten sich die Samtweber den freien Samstagnachmittag, eine schon lang umstrittene Forderung. Durch rastlose Mäitinationsarbeit wurden die durch den verlorenen Feindruferstreik entstandenen Lücken im Mitgliederbestand wieder aufgefüllt und die Masse der Arbeitererschaft für die kommenden Kämpfe zur Erlangung besserer Lohnverhältnisse vorbereitet. Dieser organisatorischen und agitatorischen Vorbearbeitung machte der Ausbruch des Krieses 1914 ein gewaltiges Ende. Hunderte unserer besten Mitglieder mußten, dem Rufe imperialistischer Krieagsbegehler folgend, auf die westlichen und östlichen Schlachtfelder eilen. Die Zurückgebliebenen, mit den täglichen Nahrungsjorgen kämpfend, arbeiteten und schließlich in den Kriegshilfsdienst gezwungen, bevölkerten die Granatenfabriken, ein grauenvolles Bild des Wahnsinns und der Zerföhrung draußen und am heimatischen Herde. Ein kleines Häuflein Ueberzeugter hielt noch an der zentralgewerkschaftlichen Bewegung fest, die letzten Trümmer sichernd für die so heiß ersehnte Friedenszeit. Als der wirtschaftliche und der damit verbundene politische Zusammenbruch Deutschlands den Wölkernorden ein Ende setzte, schlug der Arbeiterbewegung innerhalb der Textilindustrie die Stunde des Wiederaufbaues. Die vom Militärbedienst zurückgekehrten Kollegen widmeten sich der so lange entbehrten Organisationsarbeit. Die durch die Kriegsjahre verursachte Verarmung unserer Arbeitererschaft, die Entwertung des Geldes und die 1914 einsetzende und seitdem fortgesetzte wahnwitzige Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel führte zu Lohnbewegungen in sämtlichen Gruppen der Textilindustrie, in denen der Deutsche Textilarbeiterverband die Führung zu übernehmen mußte. Durch diese Lohnbewegungen wurden Unsummen der Arbeitererschaft zugetrieben, Tarifverträge, zuvor nur in der Bedarfsindustrie vorhanden, wurden für die Samt-, Stoff-, Band-, Etkett-, Paramenten-, Teppich- und Möbelstoffweber, weiter für die Zeugdrucker, Kartenschläger, Riemendreher, Andreher und Bandweber für die Meister in der Bedarfsindustrie und Bandwebererei abgeschlossen. Nebst diesen Tarifverträgen wurde mit außerhalb der Arbeitgeberverbände stehenden Firmen eine Anzahl von Tarifen und Lohnvereinbarungen abgeschlossen. In

der Verbandsstätigkeit setzte Hochkonjunktur ein. Das Betriebsrätegesetz stellte uns vor neue nicht geahnte Aufgaben. Die Durchführung der Betriebsrätewahl, die Organisierung derselben nach den Richtlinien unseres Verbandes, die für die Betriebsräte nötige Bildungsarbeit nebst der Führung der Lohnbewegungen eine Fülle von Arbeit, die nur von einer auf der Höhe der Zeit stehenden Organisation bewältigt werden konnte.

Das Gros der Krefelder Textilarbeiter hat auch längst erkannt, daß der Deutsche Textilarbeiterverband diejenige Organisation ist, die ihre Interessen am energischsten zu vertreten in der Lage ist. Dies wird nicht nur in den Versammlungen und Sitzungen immer wieder zum Ausdruck gebracht, dies beweist uns auch die immer mehr steigende Mitgliedschaft. Die erreichten Erfolge und das wachsende Vertrauen verdanken wir nicht nur denjenigen Kollegen, die als besoldete Beamte berufen sind, die Geschäfte der Krisenverwaltung zu führen, sondern teil daran haben alle Kollegen und Kolleginnen, die, geküßt durch langjährige gewerkschaftliche Kämpfe, als Pioniere der Arbeiterbewegung im Sturm und Kampf unermüdetlich die Ideen der zentralgewerkschaftlichen Arbeiterbewegung propagierten. Groß ist die Zahl dieser überzeugten Kämpfer, groß ist die Zahl der Namenlosen, die ihr Bestes für die Arbeiterbewegung hergaben. Viele deckt der Regen: still wie sie wirkten, sind sie vom Schauplatz abgetreten. Eine kleine Zahl können wir heute noch als Kubikare in unserer Mitte begrüßen, ergraute Kämpfer, auf ein Leben reicher selbstloser Arbeit zum Wohle der Gesamtarbeiterschaft zurückbildend, sie sollen uns zum Vorbilde dienen, in ihre Hände wollen wir den Schwur ablegen, ihrem Vorbilde getreu zu kämpfen bis zum letzten Atemzuge für unsere große, edle Sache, bis der Tag anbricht an dem unser Ideol verwirklicht, die Lohnsklaverei, das heißt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden wird.

Mehr Jugendschutz.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands (die vormalige Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands) hat bereits Mitte Mai 1919 an die Reichsregierung sowie an die damalige Nationalversammlung eine Denkschrift gerichtet, in der das Ersuchen ausgesprochen wurde, mit größter Beschleunigung

grundlegende gesetzliche Maßnahmen zum Schutze und Wohle der Jugend

zu treffen. Zugleich wurden im einzelnen die wichtigsten und dringendsten Forderungen aufgestellt, die in dem beantragten Reichsjugendgesetz berücksichtigt werden sollten.

Auf diese Eingabe hin ist die Vorlage für ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom Reichsministerium des Innern in der damaligen Nationalversammlung eingebracht worden, die aber leider unerledigt blieb und dem Reichstag inzwischen nicht wieder zugegangen ist.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands erneuert daher seine Eingabe vom Mai 1919 und fordert die

Beschleunigte Einbringung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes,

in dem alle Bestimmungen, die zum Schutze der gesamten erwerbstätigen Jugend bis zum 18. Lebensjahre bestehen bzw. zu schaffen sind, einheitlich zusammengefaßt werden. Im einzelnen sind in diesem Gesetz folgende Forderungen zu berücksichtigen:

a) allgemeine Forderungen für alle Jugendlichen.

1. Ausdehnung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ohne jede Ausnahme.
2. Festlegung einer täglichen Höchstarbeitszeit von 6 Stunden.
3. Verbot der Affordarbeit.
4. Verbot der Beschäftigung Jugendlicher bis zum 20. Lebensjahr in Betrieben, die die Gesundheit besonders gefährden.
5. Verbot der Nachtarbeit bis zum 20. Lebensjahr.
6. Gewährung einer ununterbrochenen 36stündigen Sonntagsruhe.
7. Verbot des Kost- und Logiszwanges.
8. Gesetzlicher Anspruch auf mindestens 14 Tage Ferien im Jahr bei Fortzahlung des Lohnes.
9. Freizug der zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule bzw. Fachschule erforderlichen Zeit, die in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Der Unterricht ist in die Tageszeit, möglichst die Vormittagstunden zu legen.
10. Gewährung des freien Sonnabendnachmittags für Wandern, Sport und Spiel ohne Abzug vom Lohn.
11. Gewährung des vollen Vereins- und Versammlungsrechts. Alle einschränkenden Bestimmungen sind zu beseitigen, insbesondere der § 17 des Reichsvereinsgesetzes. Ebenso sind alle Bestimmungen in den Lehr- und Arbeitsverträgen, die das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugendlichen der Kontrolle des Lehrherrn unterstellen, als unzulässig zu erklären.
12. Verschärfung der Strafbestimmungen für Unternehmer, die wiederholt in groblichster Weise gegen die Jugendschutzbestimmungen verstoßen.
13. Schärfere Strafbestimmungen für Unternehmer, die gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen.
14. In Angliederung an die Gewerbeinspektionen Anstellung von Jugendinspektoren, denen die regelmäßige Ueberwachung der Betriebe anvertraut ist und die den Kreisen der Arbeitererschaft zu entnehmen sind. Bei der Tätigkei dieser Inspektoren ist darauf Gewicht zu legen, daß sie in ständiger Rührung mit den Jugendschutzkommissionen der Arbeitererschaft arbeiten und daß freiwillige Helfer und Helferinnen aus der Jugendbewegung in weitestgehendem Maße mitherangezogen werden.

b) Reform des Lehrlingswesens.

1. Unterstellung des Lehrlings unter die allgemeinen Jugendschutzbestimmungen.
2. Festlegung einer zweijährigen, für besonders schwer erlernbare Berufe höchstens dreijährigen Lehrzeit. Sollte in einzelnen Fällen noch über diese Zeit hinausgegangen werden, so sind die in Betracht kommenden Lehrlinge in der Entlohnung den Junggehilfen gleichzustellen.
3. Verbot der Verwendung des Lehrlings zu häuslichen und außerberuflichen Arbeiten.
4. Aufhebung des Züchtigungsrechts des Lehrherrn und seiner Beauftragten.
5. Prüfung der Befähigung des Lehrmeisters zur Ausbildung von Lehrlingen (Prüfung der Vorbildung, eventuell Verlangen der Meisterprüfung), Verpflichtung des Meisters zur gründlichen Ausbildung des Lehrlings, Festlegung einer zulässigen Höchstzahl von Lehrlingen, die zur Zahl der Gesellen im richtigen Verhältnis stehen muß.
6. Einrichtung und Förderung von Lehrmeisterstätten.
7. Ueberwachung der Lehrlingsausbildung durch Sachkommissionen, die zum Teil aus Vertretern der Arbeiter bestehen müssen.
8. Gewährung eines für den Unterhalt des Lehrlings ausreichenden Kostgeldes, dessen Höhe in den gewerkschaftlichen Tarifverträgen festzusetzen ist. Unzulässigkeit der Erhebung eines besonderen Lehrgeldes durch den Meister. Die Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, sind finanziell zu einer besonderen Umlage anzuhalten, aus deren Erträgen Zuschüsse zur Ausbildung und Unterstützung besonders bedürftiger Lehrlinge gezahlt werden; gegebenenfalls kann auch der Staat Beihilfen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung gewähren.
9. Entschädigung von Lehrlingsfreistellungen durch das Gewerbegericht, nicht durch die Innungen.
10. Schaffung von besonderen reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Bergbau, in der Schiffahrt, Flößerei,

Landwirtschaft und ähnlichen für die Jugend besonders gefährlichen oder anstrengenden Berufen.

11. Die gesetzliche Neuregelung des Lehrlingswesens ist sofort auf die schon bestehenden Lehrverträge anzuwenden. Zur Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens sind in Angliederung an die Jugendämter bezirks- oder ortswelwe besondere Ausschüsse zu bilden, die paritätisch (aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zusammenzusetzen sind. Ebenso sind auch Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Lehrlinge zu diesen Kommissionen heranzuziehen. In den Betrieben, in denen 20 und mehr Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, sind besondere Ausschüsse für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gesetzlich anzuordnen. Bei weniger beschäftigten Jugendlichen sind jugendliche Vertrauensleute zu wählen. Diese Ausschüsse bzw. Vertrauensleute sollen Hand in Hand arbeiten mit den Betriebsräten bzw. Betriebsvertrauensleuten und müssen bei Regelung aller Fragen, die jugendliche und Lehrlinge betreffen, gehört werden.

c) Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Die Errichtung von öffentlichen, gemeinnützigen Berufsberatungsstellen durch die Gemeinden im Auftrage der Jugendämter ist gesetzlich festzusetzen. Alle sonstigen auf diesem Gebiet tätigen Stellen haben nach Errichtung dieser Stellen ihre Tätigkeit aufzugeben oder dürfen sie nur im Einklang mit ihnen fortsetzen. Die Berufsberatungsstellen müssen besonders für ihren Zweck geschaffene Einrichtungen sein. Es ist unerlässlich, daß sie in nahen Beziehungen zur Schule und Lehrerschaft sowie zu den kommunalen Wohlfahrtsvereinigungen stehen; ferner bedürfen sie der Beratung durch Juristen und Psychologen sowie durch Vertreter der Elternbeiräte und Nachleute aus den Kreisen der Arbeitererschaft. Dabei ist zu beachten, daß die vorbereitende Tätigkeit für die Berufsberatung schon einige Jahre vor der Schulentlassung einzusetzen hat.

Mit der Berufsberatung ist eine Lehrstellenvermittlung aufzuzusetzen zu verbinden; sie arbeiten Hand in Hand. Diese Lehrstellenvermittlung ist örtlich und bezirkswelwe zu zentralisieren und mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Verbindung zu bringen. Sonstige Stellen für diese Vermittlung sind nicht zuzulassen. Die Bewerkung der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wird zur Voraussetzung für die Einstellung der Jugendlichen in eine Lehre oder Arbeitsstelle erklärt. Es sind ausreichende öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die es unbemittelten Jugendlichen, deren Verabnahme zweifellos festgestellt ist, ermöglichen, ein Lehrverhältnis einzugehen und durchzuführen. Dies gilt auch für solche Fälle, in denen die Eltern einem den Erwerb der Erlernung eines Berufes verweigern. Dabei ist Sorge zu tragen, daß die Eltern nach ihrer Leistungsfähigkeit zu den Kosten der Ausbildung herangezogen werden.

Die Einrichtung von Lehrstuden- und Jugendheimen sowie sonstigen dem Wohl der Jugend dienenden öffentlichen Einrichtungen, wie Spiel- und Sportplätzen, Mäanderherbergen und Ferienheimen, Turn- und Schwimmhallen ist nach Kräften zu fördern.

Aus der Textilindustrie.

In Baden kreiden über 7000 Textilarbeiter infolge Lohnunterschieden. Der Streit zieht immer weitere Kreise. Der Schlichtungsausschuß in Freiburg hat unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Schäfer mit sechs gegen eine Stimme einen recht bedenklichen Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch lautet:

„Eine Entschädigung in der Frage der Lohnsteigerung kann zurzeit infolge des Verhaltens der Arbeitererschaft der Freien Deutschen Ramin-Gesellschaft Emmendingen nicht gefällt werden. Die genannte Arbeitererschaft hat den Streit ohne ordnungsmäßige Abstimmung und vor der vom Arbeitsministerium noch eigens empfohlenen Anrufung des Schlichtungsausschusses begonnen. Sie verweigert auch heute noch die Koststandsarbeiten, obwohl der Schlichtungsausschuß bereits vor einer Woche einstimmig nachdrücklich für die sofortige Aufnahme dieser Arbeiten ausgesprochen hat. Sie läßt wertvolle Maschinen in der Maschinenerei zugrunde gehen. Ohne irgendein Urteil über den Streik selbst zu fällen, muß gefaßt werden, daß die Verweigerung der Koststandsarbeiten in diesem Falle unrechtmäßig ist und selbst den gewerkschaftlichen Grundfäden des Arbeitskampfes widerspricht. Der Schlichtungsausschuß würde selbst ein Unrecht begehen, wenn er durch einen Auspruch über die Löhne diesen unrechtmäßigen Zustand auch nur indirekt billigen würde. Die Emmendinger Textilarbeiter tragen durch die Verweigerung der Koststandsarbeiten an dem Scheitern der Verhandlungen Schuld.“

Dak ein Schiedsspruch nicht gefällt werden kann, weil die Arbeitererschaft der Ramin-Gesellschaft den Streik ohne ordnungsmäßige Abstimmung und vor Anrufung des vom Arbeitsministerium empfohlenen Schlichtungsausschusses begonnen hat, ist eine recht sonderbare Auffassung des Schlichtungsausschusses. Der Schlichtungsausschuß will jedenfalls der Schlichtungsordnung weit voraus und macht sich dieselbe zu eigen, noch ehe sie Gesetz geworden ist. Dak letzten Endes die Arbeitererschaft sich noch wehrt, „Koststandsarbeiten zu verrichten, so daß Maschinen verderben müßten?“, wird noch als besonders schwerer Fall gebucht, welcher dem Schlichtungsausschuß Veranlassung gibt, den Schiedsspruch nicht auf die Lohnsäge auszuwenden.

Der Schlichtungsausschuß hat sich hier von der Abgabe eines Schlichtungsspruches über den Streikverstand in recht merkwürdiger Weise gedrückt. Dabei steht fest, daß in dem Miesenthaler Textilindufriebezirk die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland bezahlt werden. Der Schlichtungsspruch ist nichts weiter als eine partielle Rederei, die nicht nur die bestkennenden Rechtsarrunbsätze, sondern auch jede Kenntnis der Textilbranche vermissen läßt.

Streik der Arbeitererschaft der Kärberereien Groß-Berlins. Gefordert wurde der Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit einer bessern Regelung des Urlaubes, der jetzt im Höchstfall nur sechs Arbeitstage beträgt. Erst lehnten die Arbeitgeber Verhandlungen ab, und als verhandelt wurde, lehnten sie sämtliche Forderungen als unberechtigt ab. Ein Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses wurde von den Unternehmern ebenfalls abgelehnt. Durch dieses Verhalten der Arbeitgeber wurde der Arbeitererschaft der Kampf rücksichtslos aufgezwungen. Mehrere Firmen haben die Forderungen der Arbeitererschaft bereits als berechtigt anerkannt, so daß dort sofort die Arbeit wieder aufbereitet wurde. Es wird gebeten, die streikende Kärbererschaft in ihrem berechtigten Kampf in jeder Beziehung zu unterstützen. Die Kollegen im Reich werden gebeten, dafür zu sorgen, daß außerhalb Berlins keine Streitarbeit gemacht wird und Zugang nach Berlin ferngehalten. Die Streikleitung.

Oberschleien und keine Textilindustrie. Vielmehr wird die Textilindustrie Oberschleiens unterschätzt. Wenngleich sie auch nicht die Bedeutung der Textilindustrie anderer Teile Deutschlands hat, so hat sie sich doch verhältnismäßig befruchtend in engem Rahmen entwickeln können. In der Hausindustrie in Kattsch und anderen Orten Oberschleiens sind zahlreiche Handweber von Berliner Wollwarenfabrikanten beschäftigt worden, ebenso hat sich in Neisse die Sticker-Indufrie rüstig entwickelt, welche in nicht unbedeutenden Mengen ihre Erzeugnisse ausführen konnte. Weltbekannt ist die Leinenindustrie in Keutzbud. Ihre Erzeugnisse in besseren und besten Tischzeugen wurden besonders in Amerika sehr gewürdigt. — Der Bedarf in Juteerzeugnissen Oberschleiens ist bedeutend, so daß, wie neuerdings gefabrik errichtet haben. Auch im benachbarten Polen, und zwar in Czestochau, existiert eine Jutefabrik, ebenso eine Kammgarne spinerei, deren Besitzer Franzosen sind.

Chemnitz (Generalversammlung). Am 14. April hielten wir die zweite Generalversammlung auf Grund unseres neugegründeten Ortsstatuts ab. Kollege Graupner gab eine Erklärung ab betreffs der unliebsamen Vorgänge, welche sich im Anschluß an die letzte Generalversammlung angebahnt hatten. Indem einige Kollegen den Kollegen Göhr mit Totschlag bedrohten, weil derselbe sich erlaubte, gegen die Ausführungen des Kollegen Haubold über den offenen Brief der R. A. P. D. zu sprechen. Die Kollegenhaft, welche der sozialdemokratischen Partei angehört, erhebe den schärfsten Protest gegen eine derartige Handlungsweise von Seiten eigener Verbandskollegen. Kollege Florjuch gab einen Situationsbericht über das letzte Quartal. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß bereits das erste Quartal im Zeichen der Krise stand. So haben beispielsweise im Monat Januar 780 Arbeiter und Arbeiterinnen in 32 Betrieben verkürzt gearbeitet, im Februar 1978 in 49 und im Monat März 2030 in 59 Betrieben. In Anbetracht dieser Situation habe man von der Tarifkündigung Abstand genommen, nur in der Posamenten-Branche und Bereidungs-Industrie wurden Verhandlungen gepflogen. Weiter habe der Stricker-Landesverein den Tarif gekündigt, womit die Unternehmer einen Lohnabbau herbeiführen versuchen, indem sie die Feuerungszuschläge beseitigen möchten. Die Arbeiterchaft wird dieser geplanten Lohnreduktion von Seiten der Arbeitgeber den größten Widerstand entgegenzusetzen müssen. Die Mitgliederzahl habe sich auch in diesem Quartal nach aufwärts bewegt, so daß am Ende des Quartals 23 500 Mitglieder zu verzeichnen waren. Auch über die Ferienfrage gab Kollege Florjuch die nötige Aufklärung. Ergänzende Ausführungen machte noch Kollege Götner, welcher in kurzen Strichen die gegenwärtig in Erscheinung getretene Krise in der Textilindustrie behandelte, welche in den außenpolitischen Verhältnissen ihre Ursache fände. Im Kampfe gegen einen Lohnabbau in der gegenwärtigen Zeit müsse auch die Textilarbeiterchaft geschlossen und einig sein. Sehr lange Ausführungen machte Kollege Haubold-Jallena. Unter anderem meinte Redner, daß man von der linken Seite gern gehört hätte, wie die Geschäftsleitung gegen den geplanten Lohnabbau Remedur schaffen werde und in welcher Weise man den Unternehmern den Nachdruck bläse würde, um die Löhne auf der augenblicklichen Höhe zu erhalten. Weiter bemängelte der Redner, daß die Gewerkschaftsführer nicht genügend in diejenigen Betriebe hineinleuchteten, wo man Ueberstunden mache, und meinte gleichzeitig, man solle nicht immer mit der Ausrede kommen, es seien „kommunistische Betriebsräte“, die die Zustimmung zu Ueberstunden geben. Aus dieser gegenwärtig anarchischen Lage sei nicht durch gegenseitiges Verhandeln und durch Verständigung herauszukommen. Nach seiner Meinung darf es keine Verständigung mit den Unternehmern geben. Als der Redner noch auf die Maisfeier zu reden kam, wobei er meinte, es sei nicht nötig, für den Achttundentag zu demonstrieren, gingen seine weiteren Ausführungen in Unruhe unter. Kollege Florjuch wies die Ausführungen des Kollegen Haubold zurück und meinte, man könne es dem Kollegen Haubold nicht übelnehmen, wenn er eine derartige Auffassung habe, da er seit Jahren nicht mehr in der Textilindustrie beschäftigt sei, und es müßten ihm mildernde Umstände zugestanden werden. Daß es notwendig sei, für den Achttundentag zu demonstrieren, habe selbst die Kritik des Kollegen Haubold betreffs der Ueberstunden bewiesen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen wurde, ging man zum 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Gaukonferenz und Wahl der Delegierten hierzu über.

Da es bei der Aufstellung der Kandidaten zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Zusammenfassung der Delegation kam, ergriff Kollege Reicheit vom Zentralvorstand das Wort und erklärte, daß er es nicht verstehen könne, daß man sich über eine derartige Frage unterhalte. Er kenne in der heutigen Generalversammlung keine Parteien, nur Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und wüßte deshalb, daß nur wirkliche Gewerkschaftler als Kandidaten zur Generalversammlung vorgeschlagen werden und nicht solche, die sich mit List und Schlaubeit ein Mandat erlangen wollten. Seine Darlegungen fanden bei der überwiegenden Mehrheit der Versammlungsdelegierten Beifall. Man wählte schließlich die Kandidaten mittels Stimmzetteln.

Auch bei der Aufstellung der Kandidaten zur Verbands-Generalversammlung konnte keine Einigung erzielt werden und mußte zur Stimmzettelnwahl geschritten werden. Da nur die zulässige Delegiertenzahl in den Vorschlägen die entsprechende Stimmenzahl erreichte, erübrigte sich eine Urwahl.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung begründete Kollege Hahn einen Antrag des Betriebsrates der Chemnitzer Aktienpinnerei, welcher die Abänderung des Ortsstatuts dahingehend verlangte, daß die besoldeten Bureauangestellten und die besoldeten Hauskassierer keinen Zutritt zu der Generalversammlung haben sollten. Diese beantragte Abänderung wurde von der Mehrheit der Generalversammlung abgelehnt. Weiter begründete Kollege Hahn eine Resolution, welche sich gegen die Schreibweise des „Textilarbeiters“ richtete, und verlangte vom Kollegen Reichelt, daß sich derselbe hierzu äußern sollte. Dem Wunsch kam Kollege Reichelt nach und erklärte, daß sich der Zentralvorstand bereits damit beschäftigt und keine Veranlassung gefunden habe, die Schreibweise unseres Fachblattes zu rügen. Wenn unser Fachblatt eine Schreibweise anwenden müßte, die an gewissen Stellen Mißfallen erzeuge, so sei dies auf die Zerplitterungsmethode der Kommunisten zurückzuführen, die von Lenin den Rat erhalten, wenn es nötig ist, sogar List, Schlaubeit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben und in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen. Die Tagesordnung sei heute leider zu reichhaltig gewesen, um sich mit dem Kollegen Haubold auseinanderzusetzen und ihm das gefährliche Treiben der kommunistischen Wühlarbeit nachzuweisen. Wie weit es mit den revolutionären Kommunisten gekommen ist, zeige ein Beispiel bei dem Streik der Tiefbauarbeiter in Berlin, wo 500 Arbeiter der revolutionären Betriebsräte-Organisation als Streikbrecher den streikenden Arbeitern in den Rücken gefallen sind. Doch hätte Haubold nicht mit einer Silbe nachweisen können, daß die Angehörigen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes die Interessen der Arbeiterchaft verraten hätten. Der starke Beifall, welcher dem Kollegen Reichelt gezollt wurde, zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der Generalversammlungs-Vertreter der Verwaltungsstelle Chemnitz einig und geschlossen hinter der Verbandsleitung steht, was die Anhänger des Kollegen Haubold dazu bewegen haben mag, den Saal in vorgerückter Stunde demonstrativ zu verlassen. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Götner, noch einige geschäftliche Mitteilungen machte, fand die Versammlung in vorgerückter Stunde ihr Ende.

Friedeberg a. Queis. Am 14. April hielt unsere Filiale ihre Monatsversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Zunächst wurde durch den Kassierer, Kollegen Sommer, der Kasfenbericht vom 1. Quartal gegeben. Zum Delegierten zur Gau- und Generalversammlung wurde Kollege Sommer vorgeschlagen. Daran anschließend wurde die Wahl der Delegierten zum Ortsausschuß beschlossen. Auf Antrag der Arbeiterchaft wurde die Arbeiterin Hedwig Müller aus Greiffenberg wegen grober Beschimpfung des Verbandes und der Arbeiterchaft überhaupt aus dem Verbandsausgeschieden. Endlich haben sich die Arbeiterinnen der hiesigen Strickerei entschlossen, dem Verbandsbeitritt zu verzichten. In diesem Betriebe, haben die Arbeiter einsehen müssen, daß sie ohne Organisation, bei einem Lohn von 50-60 Mark wöchentlich, nicht leben können. Darauf setzte eine rege Debatte über Betriebsangelegenheiten ein. Es zeigte sich, daß auch hierin die Arbeiterchaft rege zu werden beginnt.

Jellena. Am 9. April hielt unsere Filiale eine ordentliche Generalversammlung ab. Sie war von 111 Delegierten besucht. Gewerkschaftssekretär Kollege Schenker aus Chemnitz hielt einen mit Beifall und Aufmerksamkeit aufgenommenen instruktiven Vortrag über „Arbeiterrecht“. An der Aussprache beteiligte sich der

anwesende Gauleiter Kollege Hugo Sachs aus Dresden. Er gab Aufklärung über die Kündigung des Abkommens vom 14. September 1920 betreffend Feuerungsanlagen durch den Stricker-Landesverein und die Strick- und Wirk-Faktorenvereinigung und warnte die in Frage kommende Arbeiterchaft, Sonderabkommen mit den Unternehmern zu treffen, ohne die Verbandsleitung zuvor von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt zu haben. Den Kasfenbericht vom 1. Quartal gab Kollege Dettel. Dann berichtete Kollege Harzer über die Mitgliederbewegung. Im 1. Quartal sind wieder 48 Mitglieder dem Verbandsbeitreten und wir zählen nun über 5000. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschloffen, den Lokalzuschlag ab 1. Juli 1921 auf 50 Pfg. zu erhöhen. Den Schluß der Versammlung bildete die Wahl von Konferenzdelegierten und die Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstage.

Grünberg (Schl.). Eine am 6. April d. J. nach dem großen Schützenhaussaale einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung war von über 1000 Personen besucht. Auf der Tagesordnung standen als Hauptpunkte: Aufstellung der Kandidaten zur Gaukonferenz und Generalversammlung und Lohnabbau. Nach Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten wurden die Kandidaten zur Gaukonferenz und zur Generalversammlung aufgestellt.

Zum Punkt Lohnabbau wurde nach Darlegungen des Kollegen Lindner folgende Resolution angenommen: „Die Arbeitnehmerchaft der Textilindustrie Grünbergs protestiert auf das entschiedenste gegen einen Versuch der Arbeitgeber, die Löhne abzubauen. Solange die wichtigsten Lebensmittel (wie Butter, Milch, Kartoffeln, Brot usw.) noch im Steigen begriffen sind, ist an einen Lohnabbau nicht zu denken. Die Arbeitnehmerchaft ist gewillt, einen solchen Versuch der Arbeitgeber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu zunichte zu machen. Im Gegensaß dazu verlangt die Arbeitnehmerchaft eine 20 prozentige Lohnerhöhung, welche Forderung den Arbeitgebern, falls sie auf einem Lohnabbau bestehen, unterbreitet werden soll.“

Köln. Glänzender Sieg des Textilarbeiter-Verbandes bei den Betriebsrätemahlen. Einen vollen Erfolg bei den diesjährigen Betriebsrätemahlen haben die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes errungen. Haben doch die christlichen Gewerkschaften nur zwei Betriebsratsmitglieder aus eigener Kraft durchbringen können, trotz resplandierender Agitation. Bei der Firma Felten u. Guillaume, Köln, erhielt die Liste des Textilarbeiter-Verbandes von 408 abgegebenen Stimmen 367, die des christlichen Textilarbeiter-Verbandes 41. Die Christen erhalten keinen Sitz. Dieser Ausfall traf die Brüder in Christo besonders schmerzlich; versuchten sie doch mit allen, auch den fadenscheinigsten Gründen, die Wahl anzufechten, jedoch ohne Erfolg. Bei der Westdeutschen Fädelspinnerei war ihr Misfall noch schlimmer; dort erhielten die Christen von 328 Stimmen nur 9. Interessant ist das Ergebnis bei der Firma Andree in Mülheim. Dort hat der christliche Textilarbeiter-Verband etwa zwei Drittel der Belegschaft als Mitglieder, wir dagegen nur ein Drittel. Trotzdem erhielt unsere Organisation bei der Wahl drei Betriebsratsmitglieder und ein Ergänzungsmittglied, die Christen nur zwei Betriebsratsmitglieder, ein deutliches Zeichen, daß ihre eigenen Mitglieder zu uns mehr Vertrauen haben als zu ihrer eigenen Organisation. Bei der Firma Kommel Weiß in Mülheim gingen sie ebenfalls leer aus. Die noch ausstehenden Kleinbetriebe dürften auch für die christlichen Gewerkschaften keinen Aktiosten mehr aufweisen, so daß wir bei den diesjährigen Betriebsratswahlen auf einen vollen Sieg der freien Gewerkschaften blicken können. Der Ausgang der Betriebsratswahlen sollte auch für diejenigen ein Ansporn sein, die heute noch nicht in unsere Reihen stehen, sich der Organisation anzuschließen.

Reusdorf. In unserer am 9. April abgehaltenen, gutbesuchten Generalversammlung sprach Kollege Seipt über „Anschläge der Unternehmung auf die Arbeiterrechte“. Der Redner geisterte vor allem die Willkür der Unternehmer gegenüber den Betriebsräten und zeigte an der Hand von Beispielen, daß das Streben der Unternehmer dahin geht, die Arbeiterchaft auch noch um die färglichen Rechte zu bringen, die sie sich von der Revolution her bis jetzt erhalten hat. Die dem Unternehmerstreben müsse durch eine kraftvolle Organisation, wie sie unser Verband darstelle, entgegenge wirkt werden. (Beifall.) Dann erstattete Kollege Seipt den Kasfen- und Geschäftsbericht vom ersten Quartal. Nach Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung und Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz entpinn sich eine lebhafte Debatte über die Beschäftigung in der Wägnerei Textil-Alt-Ges. Hier könnte der Werkmeister-Verband ein reiches Arbeitsfeld finden; denn von Solidarität der Meister mit der Arbeiterchaft ist hier, von einigen Ausnahmen abgesehen, nichts zu merken. Freilich wird es auch Sache der Arbeiterchaft sein müssen, für Beseitigung unhaltbarer Zustände einzutreten.

Schönbrunn b. Schweidnitz. Hierorts fand die erste Mitglieder-versammlung statt. Die Aussprache ergab, daß der Inhaber der kleinen Weberei und Mangel, ein Friedländer Fabrikbesitzer, die Löhne nach seiner Willkür festsetze. Die Weberei, die einige Jahre gelandet hatte, ist vor kurzem erst wieder in Betrieb gesetzt worden. Die anwesenden Verbandsleiter Drieschner- und Ritter-Reichenbach, wurden beauftragt, mit der Betriebsleitung zu verhandeln um die im Tarifbezirk Reichenbach geltenden Lohnsätze auch in Schönbrunn zur Anerkennung zu bringen.

Schweidnitz. Am Freitag, 15. April, fand unsere Monatsversammlung statt, die gut besucht war. Kollege Drieschner-Reichenbach sprach über „Die Ergebnisse der Lohnverhandlungen in Tarifbezirk“. Der Manteltarif war von den schlesischen Textilindustriellen gekündigt worden. An die Stelle der 46stündigen Arbeitswoche sollte die 48stündige treten. Die Organisationsleitung des Tarifbezirks hatte sofort dagegen Stellung genommen. Ueberstunden wurden von den Arbeitern verweigert. Die Arbeitgeber gerieten darüber in den Harnisch, willigten dann aber in Verhandlungen, die es zuzwege brachten, daß die Kündigung zurückgenommen und die 46stündige Arbeitswoche wieder auf drei Monate verankert wurde. Von Seiten der Organisationsleitung war der Tarif gekündigt worden. Den in der letzten Verhandlung gestellten Lohnforderungen sollte auf der Grundlage der Spitzenlöhne durch Aufbesserung der Löhne Rechnung getragen werden. Aber weit gefehlt. Die Arbeitgeber erklärten in der Verhandlung am 23. März in Reichenbach durch den Vorsitzenden Dr. Fleischer: „Eine Verhandlung auf Grund der gestellten Forderungen lehnen die Arbeitgeber rundweg ab.“ Die Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber. Eine am 10. April in Reichenbach abgehaltene Betriebsräte-Konferenz besaßte sich mit der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber. An der Konferenz nahm Gauleiter Otto Frisch und als Vertreter des Zentralvorstandes Kollege Schrader teil. Durch einstimmige Annahme einer Resolution befandete die Konferenz, an den gestellten Forderungen festzuhalten, und beauftragte die Organisationsleitung, auf Grund der Resolution zu versuchen, neue Verhandlungen in die Wege zu leiten. Kollege Drieschner schloß seine Ausführungen dahingehend, daß der Ernst der Zeit auch eine stramme Organisation erfordere, damit die Hartnäckigkeit der Unternehmer gebrochen werden könne. — Dann nahm man Stellung zur Gaukonferenz und zur Verbands-Generalversammlung und wählte Delegierte.

Kollege Koch berichtete vom Ortsausschuß, daß die Betriebsrätefestung beschlossen habe, eine Wohlfahrtsüberstunde zuunsten der zu errichtenden Waisenanstalten für Kinder zu leisten.

Spremberg-L. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen in den hiesigen Textilbetrieben ist ein erfreuliches für unsere Organisation. In dem Ergebnis zeigt sich das große Vertrauen, das die Arbeiterchaft ihrer beruflichen Vertretung, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, entgegenbringt. In den meisten Betrieben gelang die Liste unseres Verbandes ohne weiteres als gewählt, weil Gegenwärtige von anderen Organisationen nicht vorhanden waren. Nur in sechs Betrieben fehlte der Gewerkschaft (S.-D.) uns Listen entgegen. Wir erhielten in diesen Betrieben 804 Stimmen und 29 Vertreter, während der Gewerksverein nur 129

Stimmen und 4 Vertreter auf sich vereinigte. Von insgesamt 137 Betriebsräten der Textilindustrie (Arbeiter- und Ange-stelltenvertreter) gehören 113 dem Deutschen Textilarbeiter-Verband und nur 4 dem Gewerksverein an. Die übrigen 20 sind un-gestellt.

Triebes. Unsere Filiale hielt am 5. April eine gutbesuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Zu Punkt 1 erstattete der Geschäftsführer den Kasfenbericht vom 1. Quartal. Der Abschluß ist als günstig zu bezeichnen. Der Geschäftsführer wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung erstattete Kollege Rahner den Bericht über die Gaukonferenz in Waiba. Unter „Beschließendem“ wurden Betriebsangelegenheiten zur Sprache gebracht und auf bestehende Mißstände hingewiesen.

Werdau. Am 16. April tagte eine außerordentliche General-versammlung unserer Filiale. Nach dem Kasfenbericht vom 1. Quartal 1921 hielt der Geschäftsführer Kollege Rascher einen sehr lehr-reichen Vortrag über: „Der politische Generalsstreit und die Stel-lung der Textilarbeiter hierzu“. Er übte scharfe Kritik an der kommunistischen Parteiführung und legte den Standpunkt der Orts-verwaltung dar. Die Abstimmung ergab eine übergroße Mehrheit für das Verhalten der Verwaltung. Damit hat die Textilarbeiter-chaft bewiesen, daß sie sich von den Kommunisten nicht vor den Kassen spannen läßt. — Kollege Rascher legte dann in längerer Ausführungen die Gründe dar, die zum Austritt aus dem Ortsaus-schuß geführt haben und gab auch die Antworten des Zentralvor-standes sowie des Vorstandes des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes bekannt; diese maßgebenden Instanzen stehen ebenfalls auf dem Boden der Ortsverwaltung. Ein diesbezüglicher Antrag fand mit großer Mehrheit Annahme. Ein Antrag der Ortsverwaltung, be-treffend den Ausschluß der früheren Geschäftsführerin Marie He-gen aus dem Verband wurde, noch lebhafter Debatte, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Hierauf berichtete der Geschäftsführer Kollege Höra über die Verhandlungen mit dem Unternehmern wegen Einstellung von Osterkindern. Die Ver-handlungen sind gekheitert an dem Starrsinn der Unternehmer; diese verlangten, daß die Osterkinder unter Zugrundelegung der 46stündigen Arbeitswoche volle 26 Arbeitswochen lernen sollten. Bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgang würde dies ungefähr ein volles Jahr bedeuten, wobei zu beachten ist, daß die Lehrzeit im gegenwärtigen Tarif auf sechs Wochen festgelegt ist. — Die Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz und die Aufstellung der Kandi-daten zur Verbands-Generalversammlung ging glatt von statten. — Geschäftsführer Kollege Rascher hielt dann einen sehr be-fälligt aufgenommenen Vortrag über: Steuerabzug und Steuer-deklaration und berichtete über die Ursachen des Streiks der Beleg-schaft der Firma Dehner und Co. Die Versammlung sprach den Streikenden ihre volle Sympathie und Unterstützung aus. — Am Schluß der Versammlung wurde von Seiten der R. A. P. D. versucht, auch in diese Versammlung den üblichen Kabau hineinzutragen, was aber durch einen Schlußantrag verhindert wurde. Wir können mit dem Verlauf dieser Versammlung voll zufrieden sein. Möchten auch in Zukunft die Mitglieder so zahlreich erscheinen.

Zwickau. (Zeichner-versammlung.) Am Mittwoch, den 13. April, fand im „Goldnen Becher“ eine von allen Zeichner-kollegen besuchte Brancherversammlung statt. Kollege Graupe sprach zuerst über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Die sehr interessanten Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In der regen Aussprache wurde besonders darauf hingewiesen, daß eine Massenheranbildung von Zeichnern, wie sie vor dem Kriege bestand, verhindert werden müsse. Deshalb müsse der Lehr-lingsfrage mehr Beachtung im Zeichnerberuf entgegengebracht werden. Um eine bessere Organisation der Zeichner herbeizuführen, sollte mehr Fühlung mit den Zeichnerkollegen im Frei-staats Sachsen bestehen. Es wurde ein Antrag einstimmig an-genommen, der von der Gauleitung die Einberufung einer Kon-ferenz der Zeichner forderte. Ferner soll zur Förderung des so-zialen Verhältnisses mindestens alle zwei Monate eine Branchenversammlung stattfinden. Eine rege Aussprache brachte noch der Tagesordnungspunkt „Ferienfrage“. Die Verbands-leitung wird beauftragt, für einheitliche Ferien in den Betrie-ben Zwickaus die nötigen Maßnahmen einzuleiten. Der Vor-sitzende schloß die interessant verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, daß die Zeichnerkollegen auch die übrigen Veramm-lungen so vollständig besuchen und darauf hinwirken, daß auch in anderen Orten die Kollegen sich restlos organisieren im Deut-schen Textilarbeiter-Verband, damit ihre beruflich-wirtschaft-lichen Interessen energisch vertreten werden können.

Literatur.

„Die Waizeitung 1921“ (Buchhandlung „Vorwärts“, Berstn 68). Preis 1 M. Den Waigebanten in seiner siegreich histo-riischen Auswirkung feiert Franz Kühn in zündenden Worten. Der Vorämpferinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung gedenkt in liebevollen Ausführungen Klara Bohm-Schuch. Ueber persön-liche Mälerlebnisse plaudert unser Reichstagspräsident Paul Löbe in seinem lebenswerten Beitrag „Mäifeste vor 30 Jahren“. Einer „Deutsche Arbeit“ beistellen Abhandlung von Rich. Goldt steht ein Artikel „Deutscher Geist“ von H. Schulz gegenüber. E. A. Müller wendet sich in seinen warmherzigen „Unsere Jugend“ betitelten Ausführungen an den Proletariatsnachwuchs. Neben Gedichten von dem jüngst verstorbenen Franz Diederich und von Walter Schenk finden sich Ausprüche bekannter Parteiführer. Dieser reichhaltige Text wird durch ein ebenbürtiges Wildermaterial belebt.

Lichtwart. Zeitschrift für freie Geisteskultur. Verlag: Licht-wartverlag, Plauen i. V., Schließbach 132. Von diesem Werkchen liegt uns die Nummer 1 vor. Sie ist 24 Seiten stark und kostet 1,50 M. Die Beiträge, aus denen diese Nummer sich zusammen-setzt, atmen durchweg Sozialismus, doch in den mannigfachen Formen, und sind von geschichtlicher Kenntnis und aus ihr ge-wonnener Erfahrung und philosophischem Geiste durchweht. Sie zwingen, auch wo sie nur der Unterhaltung gewidmet sind, zu ernstem Nachdenken und bieten so eine Fülle von Belehrung, gleichzeitig auch ein Arsenal geistiger Waffen für den zum So-zialismus drängenden Befreiungskampf des Proletariats, mit dessen siegreicher Beendigung erst die Epoche der wahren und be-wußten Kultur beginnen werde, wie es in dem Aufsatz von B. Weithaas, „Umwälzung der Geister“ treffend heißt: „Ein Trümmersfeld raucht . . . Uraltes Schneiden der Menschheit entringt sich dem Schutt und Moder der Jahrtausende, entwindet sich mehr und mehr dem Dämmer eines dumpfen Triebens und geht empor wie ein zitternder Aufschrei nach der Bollenung, welche Erlösung bedeutet von den letzten Banden der Tierheit . . . Der Mensch will den Menschen gebären!“ Ja, und erst wenn der Mensch den Menschen geboren haben wird — durch den So-zialismus — erst dann kann auch eine nützliche Kultur beginnen und die menschenmögliche Kultur sich ausbreiten und sich auf alle Menschen in gleichem Maße verteilen. — Wer so denkt und dies will, der wird in der neuen Zeitschrift Befriedigung und Anregung in reichem Maße finden. Wer schöne literarische For-men liebt, wird auch in der Letztäre Genüsse finden, die er in der gewöhnlichen Tagesliteratur vergeblich suchen würde. Inhalt der Nr. 1: Das aber ist (Gedicht) César Fraischen. — Umwäl-zung der Geister, Ernst B. Weithaas. — Josef Diegens kritischer Materialismus, Eugen Diehgen. — Philosophische Streifzüge, Gerhart Seger. — Bessere Bildungsmöglichkeiten für die Jugend, Walthar Wagner. — Mehr Achtung vor der Kindesseele, Fritz Richter. — Bekanntschaft, Carl Hauptmann. — Im Nigen-strudel (Erzählung), Karl Rinke. — Deine Rosen, Tise Resch. — Die verschiedenen Wortgebächnisse. — Bücherschau.

Bitter Tshernow: Meine Schicksale in Sowjet-Rusland. Aus der russischen Handschrift überseht von Eitas Hurwic, Herausgegeben von der Gesellschaft „Aufbau und Werden“. „Der Firm“ Verlag, Berlin W 35. Preis 9,50 M.